

Uta HOHN, Bochum
Lienhard LÖTSCHER, Bochum
Claus-C. WIEGANDT, Bonn

Governance – ein Erklärungsansatz für Stadtentwicklungsprozesse

Summary

Basic conditions of urban and regional development in Germany and other post-industrial societies have changed fundamentally in the context of far reaching transformations of state, society and economy. Governance research in urban geography based on institution theory provides the key to a more profound understanding of current development processes on different levels of scale. The analyses focuses on actors' networks, their aims, strategies and relations of power, on procedures and instruments of steering, regulation and coordination, on the institutional embeddedness and path dependency as well as on the institutional changes due to the strategic acting of the players. Close attention has to be payed to the relationship of government and governance, of hierarchic and horizontal structures, of formal and informal instruments and processes, to multi level linking and finally to the spatial effects of new urban and regional governance.

The five papers published in this issue have been presented at a workshop of the research group „urban futures“ in summer 2004 and provide an insight in some topics of urban governance research in Germany from a geographic perspective.

Tief greifende politische, ökonomische, gesellschaftliche und institutionelle Transformationsprozesse auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene haben auch in Deutschland das Verhältnis von Staat, Ökonomie und Gesellschaft nachhaltig verändert. Sie sind Ursache dafür, dass sich derzeit auf der räumlichen Maßstabebene der Städte und Stadtregionen innovative Strategien, Verfahren und Instrumente der Koordination, Regelung und institutionellen Steuerung von Stadtentwicklungsprozessen sowie neue informelle und formelle Akteurskonstellationen herausbilden, die mit

dem Begriff „Governance“ umschrieben werden und für das Verständnis aktueller Tendenzen der Stadtentwicklung wesentlich sind.

Zwei grundlegende Strömungen oder Entwicklungspfade gilt es in diesem Zusammenhang zu unterscheiden:

- Zum einen sind es im Zeichen des Neoliberalismus die Deregulierungs- und Privatisierungsprozesse, die auf die Kräfte des Marktes setzen. Mit Hinweisen auf die neuen Herausforderungen durch die Globalisierung und die Fehlallokationen einer interventionistischen Strukturpolitik gewinnt eine unternehmerische Stadtentwicklungspolitik unter Einbeziehung von Public Private Partnerships an Bedeutung.
- Zum anderen sind es im Zeichen der Bürgergesellschaft die Bemühungen des Staates um eine stärkere Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements. Mit einem gesellschaftlichen Wertewandel zu individuelleren Lebensstilen und dem Wandel vom Wohlfahrtsstaat zum „Enabling State“ werden kooperative, partnerschaftliche Planungs- und Steuerungsprozesse und – nicht zuletzt in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – der Aufbau selbsttragender Strukturen durch die Bürger favorisiert.

In beiden Ansätzen werden traditionell hierarchisch ausgerichtete Steuerungslogiken, die die Initiative und Verantwortung für die Gestaltung der Gesellschaft beim Staat gesehen haben, durch neue Regelungs- und Aushandlungsmechanismen ergänzt oder auch abgelöst, die entweder auf die Ökonomisierung kommunaler Zielfindungs- und Handlungsprozesse oder auf mehr Bürgerpartizipation, Transparenz und Mitbestimmung in der Zivilgesellschaft setzen. Beide Entwicklungspfade bergen zugleich ein beträchtliches Konfliktpotential in sich, da sich etablierte Zuständigkeiten, Machtverhältnisse sowie institutionelle Orientierungen und mit diesen verbundene Erwartungssicherheiten des Handelns verändern. In dem Dreiecksverhältnis von Staat, Privatwirtschaft und Bürgerschaft wandeln sich die Interaktionsmuster zwischen den Akteuren. Es ist ein Wandel vom „Interventionsstaat zum Wettbewerbsstaat“, ein Wandel von der „Hoheitsverwaltung zum kooperativen Staat“ zu beobachten (vgl. EINIG et al. 2003, II). Der Staat nimmt auch auf der kommunalen Ebene seine regulierende Rolle zurück und versteht sich zunehmend als „aktivierender Staat“ (vgl. LAMPING et al. 2002). Anders ausgedrückt: Der Staat wandelt sich vom „Versorgungszum Gewährleistungsstaat“ (THIERSTEIN 2002, 10).

Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen im Verhältnis von Staat, Ökonomie und Gesellschaft wird im Englischen für die unterschiedlichen Zugänge der politisch-gesellschaftlichen Steuerung bzw. Regelung das Begriffspaar „Government“ und „Governance“ benutzt. Eine genaue deutsche Übersetzung des Begriffs „Governance“, der als wissenschaftlicher Terminus zunächst in der ökonomischen Transaktionskostentheorie Verwendung fand (vgl. WILLIAMSON 1979), gibt es nicht. Während man im Eng-

lischen mit Governance lange Zeit nur gelegentlich die Prozessebene von Government im Sinne von Governing bezeichnete, wird der Terminus heute verwendet, um eine neue Art und Weise der kollektiven Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte mit einer veränderten Zusammensetzung der Akteure begrifflich zu fassen. Mayntz spricht in diesem Kontext von „modern governance“ (MAYNTZ 2002, 1). Der Bedeutungswandel von Governance setzte in den ehemals stark interventionistischen Wohlfahrtsstaaten Europas in den 1970er Jahren ein. Er ging einher mit der Suche nach Alternativmodellen zur Gestaltung und Steuerung sozio-ökonomischer Entwicklungsprozesse angesichts des schwindenden Vertrauens in die Problemlösungskompetenz staatlichen Handelns. Zugleich erkannte die staatliche Ebene in der Einführung neuer Governance-Modelle eine Entlastungsstrategie vor dem Hintergrund eigener Überforderung und leerer öffentlicher Kassen.

Das nun formulierte Leitbild des kooperativen und aktivierenden Staates zielte ab auf ein verändertes Zusammenspiel von öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren insbesondere bei der Erfüllung von Aufgaben, die bisher eher dem Staat zugeschrieben worden waren. Pierre charakterisiert Governance daher auch als Prozess, „in which local political institutions implement their programmes in concert with civil society actors, and within which these actors and interests gain (potential) influence over urban politics“ (PIERRE 1998, 5). Damit ist das Problem der demokratischen Legitimation von Entscheidungen angesprochen, die im Rahmen von Governance-Prozessen getroffen werden (HILL 2005, 567ff.). Auch wenn Formen gesellschaftlicher Selbstregulation konstitutive Merkmale von Governance sind, so bedarf es doch zugleich machtvoller politischer Autoritäten, damit sichergestellt ist, dass Selbstregulation nicht den privaten Interessen einiger mächtiger Akteure dient (MAYNTZ 2002, 4). Governance ersetzt mithin nicht Government, sondern verändert und ergänzt es. Im Vergleich mit den hierarchisch organisierten Steuerungsstrukturen des Staates und den durch Konkurrenz- und Wettbewerbsbeziehungen bestimmten Mechanismen des Marktes charakterisiert Jessop die Strukturen und Prozesse von Governance wie folgt: „The rationality of governance is dialogic rather than monologic, pluralistic rather than monolithic, heterarchic rather than hierarchic (state-editors) or anarchic (market editors)“ (JESSOP 2000, 16).

Fokussiert auf die nationalstaatliche Ebene hat Mayntz Governance definiert als „das Gesamt aller nebeneinander bestehenden Formen der kollektiven Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte: von der institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Selbstregelung über verschiedene Formen des Zusammenwirkens staatlicher und privater Akteure bis hin zum hoheitlichen Handeln staatlicher Akteure“ (MAYNTZ 2004, 5). Für die regionale Ebene

haben in der deutschen Fachliteratur vor allem BENZ (2001) und FÜRST (2001) den Zugang zur Governance-Forschung geöffnet und dabei versucht, den Begriff genauer zu umschreiben. Sie verstehen unter regionaler Governance „schwach institutionalisierte, eher netzwerkartige Kooperationsformen regionaler Akteure für Aufgaben der Regionalentwicklung“ (FÜRST 2001, 370) bzw. „eine Steuerungs- und Regelungsstruktur, die staatliche wie gesellschaftliche Akteure zusammenführt, formelle wie informelle Elemente beinhaltet und durch hierarchische, kompetitive und kooperative Akteursbeziehungen geprägt wird“ (BENZ 2001, 55f.). Fürst unterscheidet zudem einen funktionalen und einen territorialen Ansatz von Governance. Während im funktionalen Ansatz spezifische Themen- und Problemstellungen die Akteure in zumeist projektbezogenen und damit temporären Kooperationsnetzen zusammenführen, unterstellt der territoriale Ansatz, dass die Verankerung in einer definierten Region die Grundlage der Gemeinsamkeiten zwischen den Akteuren bildet (FÜRST 2003, 442).

ALTROCK, GÜNTNER und KENNEL (2004, 190) verweisen zu Recht auf das Problem einer häufig unscharfen Trennung zwischen einer analytischen und einer normativen Verwendung des Governance-Begriffes im Sinne von „Good Governance“. Die Rede ist dann zumeist von Verantwortungsgemeinschaften, von dem Bestreben, eine Kultur kooperativen Handelns und Entscheidens aufzubauen, von einem Mehr an Demokratie, Gemeinwohlorientierung, Transparenz, Kooperation und Eigenverantwortung. Ausgeblendet bleiben dabei nicht nur die potentiellen Zielkonflikte zwischen den verschiedenen Governance-Modellen. Mayntz warnt in diesem Zusammenhang auch vor dem „Problemlösungsbias“ der Governance-Theorie und dem funktionalistischen Fehlschluss, „dass existierende Institutionen im Interesse der Lösung kollektiver Probleme entstanden sind“ (MAYNTZ 2004, 7). Vielmehr gehe es häufig um Machtgewinn und Machterhalt.

Als Ansatz zur wissenschaftlichen Analyse von Governance haben DIGAETANO und STROM 2003 einen institutionenorientierten Ansatz vorgelegt mit dem Ziel, strukturelle Ansätze, Analysen der politischen Kultur und das Paradigma der rationalen Akteure zu integrieren. Den Schlüssel hierzu sehen sie im institutionellen Milieu von Governance, das „die Wechselwirkungen zwischen strukturellem Kontext, politischer Kultur und Akteuren moderiert“ (ALTROCK 2003, o.S.). Sie arbeiten verschiedene Steuerungsmodelle heraus, die sich in den Beziehungen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren, den Modi der Entscheidungsfindung, den Schlüsselakteuren und den politischen Leitzielen unterscheiden. Auch für Mayntz ist die institutionenorientierte Perspektive konstitutiv für die Governance-Theorie. „Während die Steuerungstheorie einem akteurszentrierten Ansatz folgt, ist die sich entwickelnde Governance-Theorie institutionalistisch und fragt nach der Beschaffenheit von Regelungsstrukturen, in denen öffentliche und private,

hierarchische und netzwerkartige Formen der Regelung zusammenwirken.“ (MAYNTZ 2004, 1) Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen Paradigmenwechsel, sondern um eine Akzentverschiebung, denn „Regelungsstrukturen interessieren nicht *per se*, sondern aufgrund ihrer ermöglichenden und restringierenden Wirkung auf das Handeln von Akteuren“ (MAYNTZ 2004, 7). Eine Verknüpfung beider Perspektiven strebt der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus an (vgl. MAYNTZ u. SCHARPF 1995).

Wenn man diese Überlegungen auf die städtische und stadtreionale Ebene bezieht – wie es die Autoren in diesem Sammelband tun –, umfasst Governance die kollektive und institutionell verankerte Regelung von Stadtentwicklungsprozessen von der Mikroebene eines Projektgebiets bis zur gesamtstädtischen und stadtreionalen Ebene durch verschiedene Akteure bzw. Entscheidungsträger, die in informelle und formelle, flexible und dauerhafte Netzwerke mit horizontalen wie hierarchischen Strukturen und spezifischen Machtbalancen eingebunden sind. Institutionen werden hier in Anlehnung an Schimank verstanden als intersubjektiv geteilte normative Orientierungen, kognitive Deutungsmuster und evaluative Wertorientierungen des Handelns (SCHIMANK 2004, 293). Ziel der stadtreionalen Governance-Forschung ist es, die Akteursnetzwerke, die Steuerungs-, Regelungs- und Koordinationsformen, die Verfahren und Instrumente sowie deren institutionelle Einbettung und Pfadabhängigkeit bzw. Veränderung durch das Handeln der Akteure zu analysieren, um damit zum besseren Verständnis von Stadtentwicklungsprozessen und der Raumwirksamkeit von Governance beizutragen.

Governance als konstitutives Element einer veränderten Planungskultur beinhaltet mithin stärker kooperative, kommunikative, dialogische und kompetitive Komponenten, ist weniger hierarchisch und stärker über heterarchische Akteursnetzwerke strukturiert und zeichnet sich durch einen Bedeutungszuwachs informeller Instrumente und Verfahren sowie durch das Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Akteuren bei der Aushandlung, Formulierung und Umsetzung von Politikgehalten aus. Es bietet im Kontext der Entscheidungsfindung in Stadtentwicklungsprozessen sowohl Ansätze für mehr Transparenz und Mitbestimmung als auch Potentiale zur Herausbildung von intransparenten „Closed Shop“-Konstellationen (vgl. auch EINIG et al. 2005).

Die Beiträge in diesem Sammelband konzentrieren sich auf die städtische und die stadtreionale Ebene von Governance, die im Zusammenhang von Globalisierung und verschärftem Städtewettbewerb deutlich an Bedeutung gewonnen haben und in den besonderen Fokus von Entscheidungsträgern in Ökonomie und Politik geraten sind (vgl. BRENNER 2004). Auf der städtischen Ebene geht es darum, die „Selbstverantwortung von Zivilgesellschaft und Wirtschaft unterhalb und jenseits der kommunalen Selbstverwaltung

(zu) befördern“ (WALTHER 2004, 334), um dadurch räumliche Entwicklungen in Feldern anzustoßen, in denen der klassische Steuerungsmechanismus versagt. In unseren Städten und Regionen werden solche neuen Formen der gesellschaftlichen Steuerung erforderlich, weil insbesondere die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen in Deutschland in den letzten Jahren immer enger werden. Eingebettet in die Diskussionen über gesellschaftliche Steuerungsmodi sind daher Aktivitäten einer Staats- und Verwaltungsmodernisierung. Es geht um die Verschlinkung der öffentlichen Verwaltung mit einer Ausgliederung von kommunalen Aufgaben. Zahlreiche staatliche Aufgaben werden privatisiert, neue Verwaltungs- und Steuerungsmodelle werden eingeführt. Die Bedeutung privater Akteure bei der Übernahme öffentlicher Aufgaben wächst – wobei wie jetzt im nordrhein-westfälischen Mülheim den Kommunen bereits per Bürgerentscheid Grenzen der Privatisierung gezogen werden. Eine übermäßige Privatisierung stößt offensichtlich auf Unverständnis und Missbilligung bei den Bürgern.

Die Folge dieser Entwicklungen ist eine deutliche Fokussierung in der Stadtentwicklung auf die privaten und zivilgesellschaftlichen Akteure. Stärker angesprochen als bisher sind deshalb die Bürger, aber auch Investoren, die nicht zuletzt staatliche Aufgaben übernehmen sollen (POHL 2005, 637ff.). Die neuen Formen gesellschaftlicher Regelung passen in das politische Konzept einer Stärkung der Selbstverantwortung der Bürger. Ein höheres Maß an Eigeninitiative wird überall gefordert (LANDTAG NRW 2004, 264) – allerdings setzt die Umsetzung dieser Forderung entsprechende Governance-Kapazitäten auf Seiten der Bürger voraus. Unabdingbar hierfür ist nach Healey et al. der Aufbau von institutionellen Kapazitäten oder institutionellem Kapital, welches sich aus drei Komponenten zusammensetzt: dem intellektuellen Kapital in Form von Wissensressourcen, dem sozialen Kapital in Form von Vertrauen und sozialem Verstehen, die sich durch Face to Face-Interaktionen aufbauen, und dem politischen Kapital als Fähigkeit zu kollektivem Handeln (HEALEY et al. 2002, 27). Dabei kommt es entscheidend darauf an, die Kontextualität und Pfadabhängigkeit der Entwicklung der Governance-Kapazitäten zu berücksichtigen, denn „governance capacity is embedded in complex local milieux whilst interacting with all kinds of external influences. ... This implies that urban governance capacity varies through time and across space. This also means that transformations in governance have variable trajectories and are to an extent continuously ongoing projects.“ (HEALEY et al. 2002, 21)

Kritisch beurteilt werden neue Governance-Strukturen, weil die Gefahr besteht, dass das Primat der Politik im Zusammenspiel mit der Ökonomie aufgegeben wird (HILL 2005, 567f.; POHL 2005, 646). Es wird ein neues Verhältnis von politischer Öffentlichkeit und politischen Entscheidungs-

trägern aufgebaut, das dazu führen kann, dass sich demokratisch legitimierte Institutionen auf diese Weise aus der politischen Verantwortung stehlen können. In diesem Kontext stellt sich daher die Frage, inwieweit die Akteure der administrativ-politischen Ebene in Bund, Ländern und Kommunen den „Governance“-Diskurs nicht auch als strategischen Diskurs instrumentalisieren, um sich angesichts leerer Kassen und eigener Überforderung argumentativ geschickt von bisherigen Aufgaben und Verantwortungsbereichen entlasten zu können. Aus einer anderen Perspektive wird argumentiert, dass durch neue Kooperations- und Kommunikationsformen eine kritische politische Partizipation in Form des Protests ausgeschlossen werden kann (MAYER 2005, 589ff.).

Angesichts der Relevanz der Governance-Thematik für das Verständnis aktueller Stadt- und Regionalentwicklungsprozesse sowie für das Handeln in Stadt- und Regionalplanung gewinnt die Governance-Forschung auch in der Geographie an Bedeutung. So hat ein Workshop des Arbeitskreises Stadtzukünfte im Sommer 2004 deutlich gemacht, dass zahlreiche Forschungsaktivitäten in der Stadtgeographie derzeit durch Governance-Ansätze beeinflusst werden. Dies ist Anlass, verschiedene Analysen zum Zusammenhang von Governance und Stadtentwicklung an dieser Stelle in einem Sammelband zusammenzufassen.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Gestaltung städtischer Räume im Kontext von Governance verlangt dabei nach einer multiperspektivischen, mehrebenen- und prozessbezogenen Analyse. Es geht darum, die Interessenlagen und Strategien der Akteure sowie ihr Eingebundensein in Netzwerke mit spezifischen Machtverhältnissen herauszuarbeiten. Es gilt, die Ursachen von Spannungen und Konflikten ebenso wie die Konsensfindungsprozesse zu analysieren und sich mit Fragen der Legitimation und Zuweisung von Entscheidungsmacht und Verantwortung im Rahmen der Governanceprozesse auseinanderzusetzen. Ziel der Analysen sollte es sein, nicht auf der instrumentellen, organisatorischen und prozessualen Ebene von Governance stehen zu bleiben, sondern zum Kern der jeweiligen Governancekultur vorzudringen, um sowohl die Beharrungskräfte als auch die Transformationspotentiale des jeweils konstitutiven institutionellen Interdependenzgeflechts aus Werten, Normen, Regeln und Gesetzen offen zu legen.

Britta Klagge macht in diesem Themenheft den Anfang mit einem Vergleich der Leitbildentwicklung in Hamburg und Wien während der 1990er Jahre im Kontext von Urban Governance. Unter Berücksichtigung der Pfadabhängigkeit der Governance-Strukturen werden die Veränderungen in der Ausrichtung der Leitbilder als normative, strategische Orientierungen von Governance vergleichend gedeutet. Gewählt wird dabei eine institutionenorientierte Perspektive, welche die Möglichkeit einer Verbindung makro- und mikroanalytischer Ansätze eröffnen soll. Ziel der Analyse ist es,

den Zusammenhang von Urban Governance-Strukturen und stadtpolitischen Leitbildern auszuloten und deren Eignung als Ansatzpunkte zur Konzeptualisierung von Stadtentwicklung zu prüfen. Als konzeptionelle Grundlage dienen drei der vier von PIERRE 1999 vorgestellten Governance-Modelle. Während Wien sich als typisches Beispiel für korporatistische Urban Governance-Strukturen erweist, die sich in einer Transformation zu einem „schlanken Korporatismus“ befinden, hat sich in Hamburg mit dem Wechsel der politischen Mehrheitsverhältnisse ein wachstumsorientiertes Governance-Modell herausgebildet.

Die Debatte um neue Formen von „Metropolitan Governance“ wird im zweiten Beitrag von Peter Schmitt vor dem Hintergrund der strategischen Ausweisung von „Europäischen Metropolregionen“ durch die Ministerkonferenz für Raumordnung am Beispiel der Metropolregion Rhein-Ruhr thematisiert. Neben der Herausarbeitung der Governance-Defizite auf der metropolitanen Ebene geht es um die Reflexion des von der Landesregierung NRW seit 1995 intendierten Metropolisierungsdiskurses mit der Fragestellung, warum es im Rahmen des Diskurses bislang nicht gelungen ist, in dieser top-down installierten „Designer-Region“ die Voraussetzungen für leistungsfähige Governance-Strukturen zu schaffen. Letztere tragen nicht zuletzt zur Profilierung und positiven Außendarstellung einer Metropolregion bei und sind daher ein nicht zu unterschätzender institutioneller Standortfaktor im internationalen Wettbewerb.

Maike Dziomba setzt sich in ihrem Beitrag über Großprojekte auf innerstädtischen Brachflächen mit den Zielen und Strategien der Akteure auseinander, die im Kontext einer projektorientierten Planung vom Typ „Urban Renaissance“ an einer profitorientierten Reaktivierung dieser Flächen mitwirken. Dabei handelt es sich um Projekte, die von der Governance-Forschung als Bausteine einer neoliberalen „New Urban Policy“ identifiziert worden sind. Der Fokus der Analyse liegt auf Leuchtturmprojekten in den deutschen Großstädten, die als Immobilienmärkte von Interesse für die internationale Immobilienwirtschaft sind, wobei die Frage im Mittelpunkt steht, warum diese Projekte trotz standort- und marktseitig günstiger Voraussetzungen dennoch keine „Selbstläufer“ sind. Aufgrund der Analyse der Steuerungspraxis von Großprojekten werden Zweifel geäußert, ob im Projektmanagement für solche großen Entwicklungsvorhaben offene, diskursive und partizipative Governance-Ansätze zu einer erfolgreichen Umsetzung beitragen können. Vielmehr erscheinen der Verfasserin die klassischen hierarchischen Steuerungsinstrumente von Recht, Geld und Macht für diese Fälle unverzichtbar zu sein.

Der Entwicklungspfad von Local Governance auf der Ebene eines Stadtquartiers steht im Mittelpunkt des vierten Beitrags. Samuel Mössner und Rainer Wehrhahn zeichnen für Ponte Lambro, ein benachteiligtes, aber eher

unspektakuläres Quartier an der Peripherie Mailands den Weg der Erneuerung nach, der zunächst geprägt war von einem Top-down-Sanierungsprogramm und schließlich in einem integrierten Erneuerungsansatz mündete. Sie identifizieren dabei zwei verschiedene Politikansätze der Revitalisierung. Die klassisch hierarchische Vorgehensweise des lokalen Staates und die eher partnerschaftliche Form eines privaten Quartiersmanagements in Kooperation mit einem Bürgerforum werden als parallel existierende Steuerungs- und Regelungsformen mit je unterschiedlichen Voraussetzungen und Interaktionsmustern herausgearbeitet. Während auf der einen Seite formal legitimierte Macht die Grundlage für die Zusammenarbeit der Akteure bildet, ist es auf der anderen Seite das personenbasierte Vertrauen als informeller Modus der sozialen Koordination. Einige Akteure wie der Quartiersmanager sind dabei in beide Konstellationen eingebunden.

Auch im abschließenden Beitrag von Gerd Held wird die Quartiersebene angesprochen. Der Blickwinkel weitet sich nun über Europa hinaus. Mit dem Vergleich von Governance-Kulturen in Armutsvierteln von Frankreich und den USA wird thematisch ein Prozessfeld angesprochen, das in der wissenschaftlichen Diskussion des deutschsprachigen Raumes noch kaum beachtet wurde. In einem ersten Schritt wird an je einem amerikanischen und französischen Beispiel von Meetings in Armutsvierteln herausgearbeitet, wie Bürgernähe und Bürgerbeteiligung in diesen Kulturen unterschiedlich interpretiert werden. In einem zweiten Schritt wird skizziert, wie von den Bewohnern getragene Community Development Corporations als Non-Profit Unternehmen zur Stabilisierung von Problemquartieren in amerikanischen Großstädten beigetragen haben. Umgekehrt zeigt der französische, vornehmlich durch den Sozialstaat geprägte Ansatz, dass Betroffene auf für sie wichtige Aspekte des Stadtteilgeschehens wenig Einfluss nehmen und sich dadurch das Quartier auch kaum aneignen können. Im dritten Schritt werden die Vor- und Nachteile der beiden Governance-Kulturen herausgearbeitet, und es wird der Frage nachgegangen, inwiefern komplexe deutsche Ansätze die massive Vermehrung unterschiedlicher Armutssituationen bewältigen können.

Die Beiträge des Themenheftes zeigen, dass der Governance-Ansatz mit seiner Ausrichtung auf die institutionenorientierte Analyse der neuen Regelungs- und Aushandlungsprozesse zwischen Staat, Privatwirtschaft und Bürgerschaft zur Steuerung und Gestaltung von Stadtentwicklung auf unterschiedlichen Maßstabsebenen in der geographischen Stadtforschung Gewinn bringend eingesetzt werden kann, um zu einem tiefgründigeren Verständnis aktueller Stadtentwicklungsprozesse zu gelangen.

Literatur

- ADAMASCHEK, B. und M. PRÖHL (Hrsg.) 2003: Regionen erfolgreich steuern. Regional Governance – von der kommunalen zur regionalen Strategie. Gütersloh.
- ALTROCK, U. 2003: Alan DiGaetano/Elizabeth Strom: Ein integrierter Ansatz städtischer governance-Forschung. In: Planungsrundschau 07, o.S., online unter: <http://www.tu-cottbus.de/BTU/Fak2/Stadtern/Planungsrundschau/07/frsets/start07.html>
- ALTROCK, U., S. GÜNTNER und C. KENNEL 2004: Zwischen analytischem Werkzeug und Politikberatung: ein kritischer Blick auf aktuelle Leitbegriffe in der Stadtentwicklungspolitik. In: ALTROCK, U., S. GÜNTNER, S. HUNING und D. PETERS (Hrsg.): Perspektiven der Planungstheorie. Berlin, S. 187–207 (= edition stadt und region, 9 auch: Planungsrundschau, 10).
- ANDERSEN, H. T. und R. VAN KEMPEN (Hrsg.) 2001: Governing European Cities. Social Fragmentation, Social Exclusion and Urban Governance. Aldershot et al.
- BENZ, A. 2001: Vom Stadt-Umland-Verband zu „regional governance“ in Stadregionen. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 40, H. 2, S. 55–71.
- BENZ, A. (Hrsg.) 2004: Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden (= Governance, 1).
- BRENNER, N. 2004: New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood. New York.
- DIGAETANO, A. und E. STROM 2003: Comparative Urban Governance. An Integrated Approach. In: Urban Affairs Review, 38, H. 3, S. 356–395.
- EINIG, K., D. FÜRST und J. KNIELING 2003: Einführung in das Themenheft „Aktionsraum Region – Regional Governance“. In: Informationen zur Raumentwicklung, 8/9, S. I–VI.
- EINIG, K., G. GRABHER, O. IBERT und W. STRUBELT 2005: Einführung in das Themenheft „Urban Governance“. In: Informationen zur Raumentwicklung, 9/10, S. I–IX.
- FÜRST, D. 2001: Regional Governance – ein neues Paradigma der Regionalwissenschaften? In: Raumforschung und Raumordnung, 5/6, S. 441–450.
- FÜRST, D. 2003: Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung, 8/9, S. 441–450.
- HEALEY, P., G. CARS, A. MADANIPOUR und C. DE MAGALHAES 2002: Transforming Governance, Institutional Analysis and Institutional Capacity. In: CARS, G., P. HEALEY, A. MADANIPOUR und C. DE MAGALHAES (Hrsg.): Urban Governance, Institutional Capacity and Social Milieux. Aldershot et al., S. 6–28 (= Urban and regional planning and development).
- HERRSCHEL, T. und P. NEWMAN 2002: Governance of Europe’s City Regions. Planning, Policy and Politics. London, New York.
- HILL, H. 2005: Urban Governance und Lokale Demokratie. In: Informationen zur Raumentwicklung, 9/10, S. 567–578.
- JESSOP, B. 2000: Governance Failure. In: Stoker, G. (Hrsg.): The New Politics of British Local Governance. London, S. 11–32.
- KOOIMAN, J. 2003: Governing as Governance. London.
- LANDTAG NRW 2004: Zukunft der Städte. Bericht der Enquete-Kommission des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- LAMPING, W., H. SCHRIDDE, S. PLAß und B. BLANKE 2002: Der aktivierende Staat: Positionen, Begriffe, Strategien. Bonn.
- MAYER, M. 2005: Das Konzept des Sozialkapitals in der stadtpolitischen Diskussion. In: Informationen zur Raumentwicklung, 9/10, S. 589–598.
- MAYNTZ, R. 2002: The State and Civil Society in Modern Governance. VI. Congreso Internacional del CLAD, S. 1–8, online unter: <http://www.clad.org.ve/anales6/mayntz.html>

- MAYNTZ, R. 2004: Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper, online unter: <http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp04-1/wp04-1.html>
- MAYNTZ, R. und F. W. SCHARPF 1995: Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus. In: MAYNTZ, R. und F. W. SCHARPF (Hrsg.): *Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung*. Frankfurt/Main, S. 39–72.
- PIERRE, J. (Hrsg.) 1998: *Partnerships in Urban Governance – European and American Experience*. London.
- PIERRE, J. 1999: Models of Urban Governance. The Institutional Dimension of Urban Politics. In: *Urban Affairs Review*, 34, H. 3, S. 372–396.
- POHL, J.: 2005: Urban Governance à la Wolfsburg. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 9/10, S. 637–648.
- SALET, W., A. THORNLEY und A. KREUKELS (Hrsg.) 2002: *Metropolitan Governance and Spatial Planning. Comparative Studies of European City-Regions*. London, New York.
- SCHIMANK, U. 2004: Handeln in Institutionen und handelnde Institutionen. In: JAEGER, F. und J. STRAUB (Hrsg.): *Handbuch der Kulturwissenschaften*, Bd. 2: Paradigmen und Disziplinen. Stuttgart, S. 293–307.
- STOKER, G. 1998: Governance as Theory: Five Propositions. In: *International Social Science Journal*, 155, S. 17–28.
- THIERSTEIN, A. 2002: Von der Raumordnung zur Raumentwicklung. Modeerscheinung oder Ausdruck neuer Akteure und Trends? In: *DISP*, 148, S. 10–18.
- WALTHER, U.-J. 2004: Die europäische Stadt als Soziale Stadt? Das deutsche Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. In: SIEBEL, W. (Hrsg.): *Die europäische Stadt*. Frankfurt, S. 332–344 (= edition suhrkamp, 2323).
- WILLIAMSON, O. E. 1979: Transaction-Cost Economics: The Governance of Contractual Relations. In: *Journal of Law and Economics*, 22, S. 233–261.